ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Steuererhöhungen - Arbeitsmarktabgabe - Notenbanken - EG-Agrarmarkt - UdSSR

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1991) : Kurz kommentiert: Steuererhöhungen - Arbeitsmarktabgabe - Notenbanken - EG-Agrarmarkt - UdSSR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 2, pp. 57-58

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/136722

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Steuererhöhungen

Ultima ratio

Noch in diesem Jahr sollen Steuern erhöht werden, um den Kostenanteil der Bundesrepublik Deutschland am Golfkrieg – bisher sind Leistungen in Höhe von 15 Mrd. DM vorgesehen – zu finanzieren. Während die Bundesregierung zur Finanzierung der Einheit höhere Steuern noch ausdrücklich ausgeschlossen hatte – wobei nach der Wahl gleichwohl höhere Sozialabgaben beschlossen wurden –, scheint jetzt der finanzpolitische Spielraum nicht mehr auszureichen, um neue Haushaltsbelastungen in dieser Größenordnung ohne höhere Steuern und ohne Konflikt mit der Geldpolitik finanzieren zu können. Dies bedeutet wohl auch, daß die von der Bundesregierung als durchsetzbar betrachteten Kürzungen bei den Ausgaben, insbesondere aber den Subventionen, nicht mehr sehr hoch eingeschätzt werden. Der nicht neue Vorschlag des Bundeswirtschaftsministers, alle Subventionen linear um einen bestimmten Prozentsatz zu kürzen, zeigt eher den mangelnden politischen Willen, große Subventionsbereiche, wie z.B. Kohle und Landwirtschaft, wirklich durchgreifend zu reformieren.

Wenn also Steuererhöhungen die ultima ratio sind, restriktiven Reaktionen der Geldpolitik zuvorzukommen, sollten sie befristet sein. Die zweifellos vorübergehenden, unvermeidbaren Haushaltsbelastungen durch den Golfkrieg dürfen jetzt nicht dazu führen, daß ein Teil der Steuersenkungen der letzten Jahre dauerhaft zurückgenommen wird. Die vorhergesehene Steuererhöhung sollte später in jedem Fall durch eine Senkung der einkommensabhängigen Steuern wieder zurückgegeben werden, auch dann, wenn jetzt indirekte Steuern angehoben werden. Dieses würde der bisherigen, am Wachstum orientierten steuerpolitischen Grundlinie entsprechen, die Einkommensentstehung steuerlich zu entlasten bei – wenn möglich nur relativ – stärkerer Belastung der Einkommensverwendung. ws

Arbeitsmarktabgabe

Keine Schonung für Beamte

Zur Finanzierung der Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit in der Umstellungsphase der Wirtschaft in den neuen Bundesländern fordern DAG- und DGB-Vertreter – nach der Anhebung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung – nun zusätzlich eine Arbeitsmarktabgabe für Beamte. Sie begründen dies damit, daß neben Arbeitern und Angestellten gerechterweise auch die anderen Arbeitnehmer einen „Solidaritätsbeitrag" zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme leisten müßten.

Schon in der Rezession zu Beginn der achtziger Jahre wurde dieses Instrument von Gewerkschaftsseite vorgeschlagen. Das Ziel heute ist jedoch ein anderes; von daher ist der Vorschlag sinnvoll. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit nehmen in den ostdeutschen Ländern zu – das HWWA schätzt ihre Zahl für Ende dieses Jahres zusammen auf rund 3 Mill. Personen –, und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen werden ausgebaut; damit verbunden werden die Finanzierungsprobleme der Bundesanstalt für Arbeit voraussichtlich größer werden. Vor dem Hintergrund der günstigen Beschäftigungslage im Westen Deutschlands sollten – im Sinne der Gleichbehandlung – alle abhängig Beschäftigten zur Überbrückung der Arbeitsmarktprobleme im Osten Deutschlands finanziell beitragen.

Das Fehlen des Arbeitslosigkeitsrisikos bei Beamten ist als Argument gegen die Erhebung eines Arbeitsmarktbeitrags in diesem Zusammenhang ohne Bedeutung. Abzulehnen ist jedoch die Durchführung in Form einer Sonderabgabe, wie sie die Gewerkschaften fordern. Es sollten nicht neue Regulierungen eingeführt, sondern eher bestehende abgeschafft werden. Der Vorschlag der Bundesregierung, bei der anstehenden Erhöhung der Beamtenbesoldung als Arbeitsmarktbeitrag einen Abschlag vorzunehmen, ist vorzuziehen. Der Abschlag sollte ebenso hoch ausfallen wie die zusätzliche Belastung der anderen Arbeitnehmer. sp

Notenbanken

Gegensätzliche Leitzinsänderungen

Während die Deutsche Bundesbank per 1. Februar die Leitzinsen um einen halben Prozentpunkt anhob – den Diskontsatz von 6,0 auf 6,5%, den Lombardsatz von 8,5 auf 9,0% –, senkte der Federal Reserve Board am gleichen Tag den US-Diskontsatz von 6,5% auf 6,0%. Was bedeuten diese gegensätzlichen Entscheidungen, und wie passen sie in die internationale Konjunkturlandschaft?

Beide Notenbanken begründen ihr Vorgehen mit binnenwirtschaftlichen Argumenten. Die Bundesbank spricht von überschäumender Konjunktur, zu schnell wachsender Geldmenge, ausufernder Staatsverschuldung und überhöhten Lohnforderungen. Die US-Notenbank beruft sich auf nachlassende Wirtschaftsaktivitä-

ten, schleppende Kreditnachfrage und abnehmenden Inflationsdruck. Die Leitzinsänderungen passen also zur bestehenden Konjunkturdifferenz zwischen beiden Ländern und zu der Erwartung, daß diese anhält. Die Bundesbank rechnet damit, daß die Vereinigung Deutschlands die Konjunktur weiterhin belebt. Die US-Notenbank befürchtet anläßlich der neuesten Daten zum Arbeitsmarkt und zur Industriegeschäftslage, daß der Tiefpunkt der US-Rezession noch nicht erreicht ist.

Weniger passen die geldpolitischen Maßnahmen der Bundesbank in die EG-Landschaft, denn in anderen EG-Ländern schwächt sich die Konjunktur ab. England und Frankreich hätten die Zinsen deshalb lieber gesenkt, könnten das aber nur, wenn sie einer Veränderung der Leitkurse ihrer Währungen zustimmen würden; das aber wollen sie aus Stabilitätsgründen nicht. Wieder einmal werden die Zwänge der Währungsunion schmerzlich spürbar. de

EG-Agrarmarkt

Nach bewährtem Muster?

Unter dem Druck von wachsenden Agrarüberschüssen und Haushaltsbelastungen ruft die EG-Kommission – nicht zum ersten Mal – zu grundlegenden Reformen in der Landwirtschaftspolitik auf. Wenn die EG wieder einmal an ihren Vorräten zu ersticken droht, dann deshalb, weil bisher bei Schwierigkeiten immer nur Symptomkuren verschrieben wurden, der grundlegende Befund aber, daß das gegenwärtige System ökonomisch nicht vertretbar ist und in ein Wettbewerbssystem überführt werden müßte, ignoriert wurde.

Auch wenn das Agrarsystem selbst (noch) nicht in Frage gestellt wird, sollen nach den Kommissionsvorschlägen die Garantiepreise den Weltmarktnotierungen angenähert und die Quoten reduziert werden. Die Einkommensstützung der Landwirtschaft soll zunehmend durch direkte Beihilfen erfolgen. Kleinbauern will man für die Preissenkungen voll entschädigen, während Subventionen für Großbetriebe von der Betriebsgröße und der Bereitschaft zur Flächenstillegung und Extensivierung der Landwirtschaft abhängen sollen. Mit einer solchen differenzierenden Lösung soll wohl erreicht werden, daß wichtige Teile der europäischen Landwirtschaft wettbewerblich orientiert, andererseits aber auch soziale und – das ist neu – landschaftsschützende Ziele berücksichtigt werden. Wichtig ist, daß man den Umfang des Landschaftsschutzes hinsichtlich seiner Beihilfefähigkeit exakt definiert. Kleinbauern sollten nicht etwa zu „Dauerpensionären" gemacht werden.

Allerdings muß – angesichts der Reaktion einiger Länder mit starkem Besatz an Großbetrieben – bezweifelt werden, ob der Kommissionsplan überhaupt Realisierungschancen hat. So sieht Frankreich kaum die Notwendigkeit einer Reform. Wie üblich wird man wohl einen halbherzigen Lösungskompromiß finden, womit das Überschußproblem nach einger Zeit wieder „grundlegende" Reformen erfordern dürfte. kr

UdSSR

Ökonomisch sinnlose Maßnahme

Ende Januar verloren die in der UdSSR im Umlauf befindlichen 50- und 100-Rubelscheine ihre Gültigkeit. Höchstens 1000 Rubel pro Kopf konnten Arbeitnehmer (Rentner 200 Rubel) während weniger Tage gegen kleinere Scheine eintauschen, ohne einen Nachweis des ehrlichen Erwerbs bringen zu müssen.

Offiziell sollte mit dieser Aktion zum einen ein wichtiger Beitrag zur Geldmengenkontrolle und zur Nachfragebegrenzung geleistet werden – rund ein Drittel des bestehenden Geldüberhangs sollte abgeschöpft werden –, zum anderen sollte der stets mit hohen Bargeldbeträgen operierenden Schattenwirtschaft ein Bein gestellt werden. Tatsächlich traf diese Form der Enteignung aber nicht die – vorgewarnten – Schieber und Spekulanten, sondern den kleinen Mann, für den in einer systembedingten Mangelwirtschaft eine jederzeit einsatzbereite Barreserve geradezu lebensnotwendig ist.

Vor allem aber entpuppt sich dieser Währungsschnitt als eine ökonomisch sinnlose Maßnahme, die an Krankheitssymptomen herumkuriert, ohne die Ursachen der Krankheit zu bekämpfen. Denn ohne die Beseitigung der permanenten Angebotslücken, die wiederum Ergebnis des sowjetischen Wirtschaftssystems sind, lassen sich weder die Schattenwirtschaft noch der durch Zwangssparen und durch den Einsatz der Notenpresse entstandene Kaufkraftüberhang nachhaltig beseitigen.

Nur ein freier Wettbewerb unter marktwirtschaftlichen Bedingungen könnte langfristig ein binnenwirtschaftliches Angebots-Nachfrage-Gleichgewicht herstellen. Für solche systemverändernden Reformen scheint Gorbatschow, der um den Erhalt der politischen Einheit der Sowjetunion kämpft, zur Zeit keinen Handlungsspielraum zu besitzen. Er ist aber sicherlich schlecht beraten, sich mit Maßnahmen wie einem solchen Zwangsumtausch das Vertrauen der Bevölkerung in seine Politik der Perestroika endgültig zu verscherzen. pp